1½ Mark ein Pfund Schinken oder ein Pfund Butter, und sein Schnäpschen kostet ihm nur 12 Pfennig.

Allerdings ist in England nicht die Rede von der Abschaffung des Privatkapitals. Dem englischen Unterhause ist sogar der Vorschlag zugegangen, das Privatkapital aus Staatsmitteln zu erhöhen. Diejenigen Betriebe, die nicht genügend Reserven besitzen, um ohne geschäftliche Schädigung die Kriegssteuer abführen zu können, sollen Erleichterungen erhalten. Bei uns werden die Reserven durch die heutigen Löhne so aufgebraucht, daß die Werke nichts mehr haben, um neue Rohstoffe kaufen zu können. Ob nun die russische oder die englische Wirtschaftspolitik besser ist, das muß jeder einzelne bei uns durchdenken und seine Folgerungen daraus ziehen. Davon hängt es ab, ob wir nach wenigen Monaten überhaupt noch zu essen haben oder mitsamt unseren Kindern buchstäblich verhungern müssen. In England leben die Leute jetzt auf. In Rußland sterben täglich Hunderttausende an Entkräftung. Wir haben die Wahl.

Viele unserer Volksgenossen handeln nach der Parole: Es geht doch alles kaputt! Damit erzwingen sie sich vielleicht noch eine kurze Zeit des Wohllebens, soweit man unter den heutigen Verhältnissen überhaupt davon sprechen kann, bringen sich und uns allen aber den sicheren Untergang.

Germanicus.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✦ **Geplante Spartakusdemonstrationen in Weimar.** In Weimar sind gelbe Handzettel verteilt worden, in denen gegen die Nationalversammlung Stimmung gemacht wird mit der Behauptung, daß seit Beginn ihrer Tagung alle Lebensmittel, besonders für die ärmere arbeitende Bevölkerung, immer knapper und durch den dauernd zunehmenden Schleichhandel teurer geworden seien. Es wird unter diesem Vorwande zu einem Demonstrationszuge nach dem Volkshause aufgefordert, der am Nationaltheater vorbei zum Marktplatz führen soll, wo vor dem Rathause sofortige Auflösung der Freiwilligenverbände und Entfernung der Berliner Wachtmannschaften gefordert werden soll. Diese beiden Forderungen beweisen, daß der wahre Grund zur Demonstration nicht so sehr eine Magen- als vielmehr eine Machtfrage ist und daß jetzt der Versuch gemacht werden soll, die spartakistische Bewegung auch nach Weimar zu verpflanzen.

✦ **Veränderungen im diplomatischen Korps.** Wie der Vorwärts schreibt, ist eine weitgehende Erneuerung des diplomatischen Korps geplant. Verschiedene wichtige Posten sollen mit Sozialdemokraten besetzt werden. Für den Botschafterposten in London soll Bernstein ausersehen sein.

✦ **Die Reichskonferenz deutscher Eisenbahnarbeiter** in Frankfurt a. M. hatte Beschwerde erhoben, weil der jetzige preußische Eisenbahnminister Oser den Delegierten zur Konferenz den Urlaub dazu verweigert haben sollte. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Es ist lediglich ein Erlaß ergangen, der die Fortzahlung der Löhne für die Delegierten als unzulässig erklärt. Die Löhne dürfen nur für tatsächliche Leistungen und darüber hinaus bei Vorhandensein dienstlicher Interessen gezahlt werden. Derartige Gründe lagen nicht vor, und es müßten vorerst die gesetzlichen Bestimmungen geändert werden, um die Löhne fortzahlen zu können.

✦ **Eine Reichseinkommensteuer** soll zur Einführung gelangen, die gewissermaßen als Zuschlag zu der Einkommensteuer der Einzelstaaten und der Kommunen gedacht ist. Von dieser Reichseinkommensteuer sollen nur Einkommen von 40 000 Mark an erfaßt werden. Bei Junggesellen beginnt die Steuergrenze bereits bei 30 000 Mark. Bei Verheirateten, die Kinder haben, ermäßigt sich das steuerpflichtige Einkommen für jedes Kind um 2000 Mark, so daß also beispielsweise ein Verheirateter mit einem Einkommen von 50 000 Mark, der fünf Kinder hat, die Reichseinkommensteuer nur für 40 000 Mark zu zahlen hat. Die Steuersätze sollen progressiv mit 5 % beginnen und bei den sehr hohen Einkommen die oberste Grenze von 30 % erreichen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Zeitungsnachricht von einer bevorstehenden Ernennung des Sozialdemokraten Voller zum Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein ist nicht zutreffend.

Berlin. Der sozialdemokratische Parteitag findet am 10. Juni in Weimar statt.

Darmstadt. Der Abgeordnete der Hessischen Volkskammer Bauer (Zentr.) wurde in Mainz, im Begriff zu den Kammersitzungen zu fahren, von den Franzosen verhaftet.

Gera. Der gemeinsame Landtag für die beiden Freistaaten Reuß lehnte den vom Verfassungsausschuß vorgeschlagenen Namen „Volksstaat Ostthüringen" ab und stimmte dafür, daß die Freistaaten Reuß unter dem Namen „Volksstaat Reuß" zu einem Staat verschmolzen werden.

Warschau. Der Ministerrat verhängte über das ganze Gebiet Kongreßpolens den Ausnahmezustand auf die Dauer von drei Monaten.

London. Neun britische Offiziere sind in Ägypten im Eisenbahnzuge von Eingeborenen ermordet worden.

Paris. Die Friedenskonferenz hat aus Zweckmäßigkeitsgründen verfügt, daß Fiume und Spalato den Italienern überlassen werden sollen.

Moskau. **Für die ersten sechs Monate des laufenden Jahres beträgt nach amtlicher Angabe das Defizit rund 29 Milliarden Rubel. In Wahrheit soll das Defizit viel größer sein.**

142 000 streikende Bergarbeiter.

Besserungsaussichten im Ruhrrevier.

Im allgemeinen hatte sich die Lage bei den streikenden Bergarbeitern im Ruhrrevier bis Freitag nicht geändert. Auf einigen Zechen ist allerdings die Arbeit wieder aufgenommen worden. Ebenso werden die Notstandsarbeiten in den vom Streik betroffenen Zechen unverändert weitergeführt, nur auf einigen Zechen verweigern die Arbeiter die Ausführung dieser Arbeiten. Im allgemeinen ist die Stimmung der Bergleute mehr denn je für eine Wiederaufnahme der Arbeit, so daß mit einer baldigen Beendigung des Streiks zu rechnen ist.

Der Höhepunkt der Bewegung scheint überschritten. Der Streik hat sich zwar im Westen des betroffenen Gebiets ausgedehnt, doch hat im Zentrum der Bewegung, in Dortmund, Bochum, Witten, die Zahl der Ausständigen abgenommen. In Essen streikt nur noch die Hälfte der Bergarbeiter. Arbeitsniederlegung im Eisen- und Hüttenbetrieb ist nicht zu erwarten, falls die Kohlenlieferung aufrecht erhalten bleibt. Die Zahl der streikenden Bergarbeiter betrug Freitag 142 000.

Bezeichnend ist, daß fortgesetzt Dampfer mit amerikanischer Kohle bei Duisburg rheinaufwärts fahren, um die Schweiz mit Kohlen zu versorgen, da die amerikanische Kohle schon heute von der Schweiz zu billigeren Preisen bezogen werden kann als die Kohle des Ruhrreviers.

Die ersten Lebensmittelsendungen sind im Streikgebiet eingetroffen und es werden von jetzt ab an die fördernden Bergleute recht erhebliche Fettmengen verteilt. Es bestätigt sich, daß hauptsächlich die sehr schlechten Ernährungsverhältnisse das Anwachsen der Streikbewegung begünstigt haben. So konnte in Bottrop seit zwei Wochen keine Fleischration mehr ausgegeben werden.

Einigung im Helmstädter Bezirke.

Anfang der Woche hatten sich Differenzen im Helmstadt-Schöninger Braunkohlenrevier gezeigt. Auf einer Anzahl Gruben legten die Arbeiter die Arbeit wegen Lohnforderungen nieder. Braunschweiger Volkskommissare begaben sich in das Revier. Die Verhandlungen haben zu einer Einigung geführt. Die Arbeit wurde am Freitag morgen auf allen Gruben wieder aufgenommen. Es werden Teuerungszulagen bewilligt, und zwar an Leute bis zu 18 Jahren 1 Mark täglich und an solche über 18 Jahre bis 2,50 Mark. Es wurden Betriebsräte gebildet, die die weiteren Verhandlungen führen sollen.

•

Ruhe und Verhandlungen in Stuttgart.

Die Gefahr in Stuttgart und im übrigen Württemberg kann als überwunden angesehen werden. Der Donnerstag und die darauf folgende Nacht verliefen im allgemeinen ruhig, wenn auch noch einige Schießereien vorkamen.

Der Aufforderung der Regierung zur Arbeitsaufnahme ist zunächst nur im beschränkten Umfange nachgekommen worden. Es schweben noch Verhandlungen. Post, Eisenbahn- und Straßenbahnverkehr ruhen noch. Auch der bürgerliche Abwehrstreik dauert noch fort.

Nach den polizeilichen Feststellungen betrug in Groß-Stuttgart die Zahl der Opfer bei den bisherigen Straßenkämpfen 15 Tote und 40 bis 50 Verwundete. Die Regierung beherrscht die Lage.

Politisches aus Sachsen.

Beseitigung des Religionsunterrichts in Sachsen.

Wie aus Dresden gemeldet wird, beschäftigte sich der Gesetzgebungsausschuß der Volkskammer mit dem Antrag der Sozialdemokraten auf Notregelung der Schulfragen. Einstimmig wurde die Einführung der allgemeinen Volksschule mit Schulgeldfreiheit gebilligt, nur über den Zeitpunkt und die näheren Umstände bestehen noch Gegensätze. Dann aber beschlossen die beiden sozialistischen Fraktionen die Abschaffung der konfessionellen Volksschule und stellten weiter folgende Programmpunkte auf: **„Aller Unterricht ist Gesinnungsunterricht. Religionsunterricht wird in der Schule nicht erteilt. In den beiden oberen Schulklassen erfolgt wöchentlich in zwei Stunden sittliche Unterweisung."** Hiergegen stimmten die Bürgerlichen geschlossen, doch wurden alle Anträge mit Mehrheit angenommen.

Die gesamten bürgerlichen Parteien erblickten, so wurde in der Debatte betont, in dem sozialdemokratischen Antrag die Einführung des sozialistischen Dogmas als Zwangsfach in die Volksschule. Die Eltern würden damit gezwungen, ihre Kinder in der sozialistischen Weltanschauung erziehen zu lassen, zumal Privatschulen verboten werden sollen. Es wurde den Sozialdemokraten mit aller Eindringlichkeit gesagt, daß sie die Mehrheit hätten und infolgedessen alle Beschlüsse durchdrücken könnten; aber sie übernehmen hiermit auch die Verantwortung für ihre Beschlüsse. Es fällt vor allem die Eile auf, mit der die Sozialdemokraten ihre Schulbeschlüsse durchsetzen wollen, ehe Weimar sich grundsätzlich zu dieser Frage geäußert hat.

Bezirksausschußsitzung in Grimma.

An der am 2. April 1919 unter dem Vorsitze des Reg.-Rats Dr. v. Schwartz abgehaltenen 5. diesjährigen Sitzung des Bezirksausschusses nahmen außer dem entschuldigt fehlenden Rittergutsbesitzer Meile dessen sämtliche Mitglieder und als Berichterstatter Reg. Ass. Dr. Benecke und Kommiss. Rat Rost, sowie weiter die Assessoren Pasig und Dude teil. Die beiden Volkskommissare waren wegen anderweiter Abhaltung an der Teilnahme behindert. Die Tagesordnung wies 32 Punkte auf.

Genehmigt wurden Gesuche aus Köhra und Neunitz um Ausnahmebewilligungen zu Grundstücksabtrennungen und die Schankerlaubnisgesuche Engelmann's-Brandis, Felgenhauer's-Nepperwitz, Gröpel's-Mühlbach (Kornhain) und der Wojowa-Remi (Uebertragungen), sowie Franke's-Leupahn und Täger's-Dornreichenbach (Erweiterungen). Die 4. Verbandssatzung der Haftpflichtversicherung des Gemeindeversicherungsverbandes wurde zu befürworten und auf Anregung eines Rittergutsbesitzers das bereits bestehende Verbot des Betretens von Scheunen und Ställen mit brennender Zigarre durch die Zeitungen des Bezirks erneut einzuschärfen beschlossen. Die Genehmigung zum Verkaufe eines Bauerngutes in Gerichshain wurde versagt; vor Entschließung auf ein gleiches Gesuch aus Würschwitz soll zunächst eine Ortsbesichtigung durch einen Sachverständigen stattfinden. Nach dem Vorschlage der Amtshauptmannschaft wurde wegen der Höhe der den Gemeindevorständen zu Bernbruch, Grechwitz und Machern zu gewährenden Entschädigungen Entschließung gefaßt und die Wahl eines stellv. Mitgliedes in Staatseinkommensteuer-Einschätzungskommissionen vorgenommen. Mit Bedauern wurde Kenntnis davon genommen, daß die Gültigkeitsdauer der Gutscheine des Bezirksverbandes zu 5 und 20 Mk. nicht verlängert worden sei; mit Rücksicht darauf, daß die Einlösung aller Gutscheine bis zur festgesetzten Zeit undurchführbar erscheint, wurde die Einlösungsfrist bis 15. April verlängert. Zustimmend wurde Kenntnis genommen von den neuen Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und von der Verordnung über Bildung von Bezirks-Bauern- und Landarbeiterräten. Festgesetzt wurde die Höhe des vom Bezirksverbande an die Stadtkasse zu zahlenden Mietzinses für Benutzung der Kutscherwohnung der Amtshauptmannschaft als Geschäftsräume. Die Vermehrung der außerregulationsmäßigen Tanzmusiken, wie sie ein Antrag des Verbandes der Saalinhaber bezweckt, vermochte der Ausschuß nicht zu befürworten, sprach sich aber dafür aus, einige Erleichterungen bezüglich der regulationsmäßigen Tanztage eintreten zu lassen. Kenntnis wurde genommen von Dankschreiben und von Berichten über den Stand der Errichtung einer staatlichen Kraftwagenlinie Grimma—Bad Lausick—Borna—Altenburg und über die Erbauung einer neuen Muldenbrücke bei Sermuth, sowie weiter von einer Bittschrift um Erbauung einer Eisenbahn von Großbothen nach Bad Lausick—Borna als Notstandsarbeit. Endlich wurde die Entschließung auf ein Unterstützungsgesuch der Amtshauptmannschaft überlassen, zur Unterhaltung der Bezirksanstalt eine besondere Beihilfe bewilligt und nach einer längeren Aussprache die Aufnahme eines in 33 Jahren tilgbaren Darlehns bei der Kreditbriefanstalt sächsischer Gemeinden, deren Mitglied der Bezirk Grimma ist, zur teilweisen Rückzahlung der zur Deckung der Familienunterstützungen an Einberufene aufgenommenen Darlehns unter den vorgeschlagenen Bedingungen einhellig beschlossen.

Aus dem die **Lebensmittelversorgung** betr. Teile der Beratungen ist folgendes hervorzuheben: Es wurde zustimmend Kenntnis genommen von Berichten über die Kartoffelversorgung und den Saatkartoffelbezug, sowie weiter von der Aufhebung der Eierbewirtschaftung. Hinsichtlich der Milchpreisermäßigungen für Minderbemittelte, über deren Fortbestehen oder Aufhebung die Ansichten der Städte und Landgemeinden auseinandergehen, beschloß der Ausschuß, die Einkommensgrenze für die Bezugsberechtigten auf 2500 Mk. herabzusetzen und der Einfachheit halber die Ermäßigung durch die Milchhändler in bar gewähren zu lassen. Mit der Uebertragung der Warenverteilungsstelle in Nerchau erklärte sich der Ausschuß vorschlagsgemäß einverstanden und wies die in der Angelegenheit aus Nerchau gegen den Bezirksverband erhobenen Vorwürfe als unberechtigt zurück. Die Notwendigkeit der von den Bäckern des Bezirks beantragten Erhöhung des Brotpreises vermochte der Ausschuß nicht einzusehen, setzte jedoch den Mehlpreis vom 13. April ab etwas herab und beschloß den Wegfall der Gebühren für Ausstellung der Mehlbezugsscheine.

Stadtgemeinderatssitzung.

Der letzten Sitzung wohnten außer Stadtr. Dr. Richter sämtliche Mitglieder bei. Erledigung fanden 6 Punkte.

1. Die zur Genehmigung vorgelegten Bausachen fanden Befürwortung.

2. Der Bildung von Bauern- und Landarbeiterräten konnte Zustimmung nicht erteilt werden, da hierorts Landwirtschaft in wesentlichem Umfange nicht betrieben wird.

3. Auf das Gesuch der Ladeninhaber um Festsetzung des Geschäftsschlusses (im Sommer um 7., im Winter um 6 Uhr) wurden Einwendungen nicht erhoben. Dagegen wurde noch im Stadtgemeinderat der Antrag gestellt, allgemein eine Mittagspause eintreten zu lassen und dieselbe strikt einzuhalten. Begründet wurde dieser Antrag damit, daß verschiedene Ladeninhaber Angestellte beschäftigen. Diesen sowohl als auch den Geschäftsinhabern selbst tue eine Ruhepause während der Mittagszeit dringend not. Nicht nur für die gewerblichen Betriebe gelte die achtstündige Arbeitszeit, sondern auch für den Handel. Von Seiten der unabhängigen Stadtverordneten wurde zum Ausdruck gebracht, daß sich auch die Geschäftsleute den neuzeitlichen Verhältnissen anzupassen haben; das Los der Angestellten sei vielfach kein günstiges zu nennen, auch diese sollten sich nun als Menschen fühlen — Lehrlinge müßten teilweise noch 14—16 Stunden arbeiten. Der Stadtgemeinderat trat obigem Antrage einmütig bei und beschloß, daß die Ladeninhaber ihre Geschäfte in der Zeit von 1—½3 Uhr geschlossen zu halten haben.

4. In Sachen der Ausführung der Familienwohnhäuser durch die Stadt hatte sich der Bauleiter, Herr Scholler, nochmals an die Oberbaubehörde gewandt, und den Bau eines „Gruppenhauses" vorgeschlagen. Stadtv. Schimpf rügt zunächst, daß sich der gen. Bauleiter mit der Oberbehörde selbst in Verbindung gesetzt habe, dadurch verzögere sich die Bauinangriffnahme immer mehr. Im übrigen ließ die Durchberatung des Vorschlages erkennen, daß die geschlossene Bauweise der Stadtgemeinderat nicht für praktisch hielt. Eine solche Bauart eigne sich wohl für Groß-, aber nicht für Kleinstädte. Obwohl billiger, sei sie nicht vorteilhaft genug, vor allem würden die Gärten zu schmal, auf deren genügende Ausdehnung aber doch hier besonders Wert gelegt werden müsse — auch lasse sich ein Gruppenhaus schwerer verkaufen, als Einzelhäuser. Stadtv. König aber tritt für den Bau „billiger" Wohnhäuser deshalb ein, weil ein Teil der Hauswirte gewaltig die Mieten steigere. Der Stadtgemeinderat bleibt bei dem Beschluß des ursprünglichen Entwurfs bestehen.

5. Die geforderten Entschädigungsansprüche der beiden Anlieger der Grundstücke Leipziger Straße 10 und 12 in Höhe von je 15000 Mark für Ausfüllung des Weges zwischen den beiden Grundstücken wurden als zu hoch erachtet und mußten abgelehnt werden.

Als 6. Punkt stand die Beratung der diesjährigen Haushaltpläne auf der Tagesordnung. Nach den Darlegungen des Vorsitzenden sind 1919 folgende Fehlbeträge zu verzeichnen: Armenkasse 9000 Mark, Schulkasse 45000 Mark, Kirchenkasse 11000 Mark, Stadtkasse 91000 Mark, zusammen 156000 Mark. Im Jahre 1918 betrug der Fehlbetrag nur 50000 Mark. Der Mehrbetrag verteilt sich wie folgt: Erhöhung der Bezirkssteuer von 25% auf 45% des Steuersolls, nötig zur Verzinsung der Darlehne für die Familienunterstützungen des Bezirks, dann infolge Vermehrung der Armenlasten, Lohn- und Gehaltszulagen, Verzinsung der Schleusenbaudarlehne, Wegfall des Schulgeldes, Uebernahme der Lernmittel bei der Schulkasse. Hiervon wurde genehmigend Kenntnis genommen. Die Haushaltpläne sollen in Druck gegeben und vorher ausgeschrieben werden.

Hierauf geheime Sitzung. P.

Sächsische und Lokale Mitteilungen.

Naunhof, den 5. April 1919.

Merkblatt für den 6. und 7. April.

Sonnenaufgang	5[37] (5[38])	Mondaufgang	9[16] (10[17])
Sonnenuntergang	6[00] (6[01])	Monduntergang	12[40] (1[36])

6. April. 1884 Dichter Emanuel Geibel gest. — 1909 Peary erreicht den Nordpol. — 1917 Österreich-Ungarn bricht die diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ab.

7. April. 1814 Napoleon I. entsagt dem Throne und wird nach Elba verbannt. — 1874 Maler Wilhelm v. Kaulbach gest. — 1875 Dichter Georg Herwegh gest. — 1898 Otto Baensch, Erbauer des Nordostseekanals, gest. — 1906 Ende der Marokkokonferenz in Algeciras.

— **Naunhof.** Wenn dich, du einsamer Wanderer, dein Weg nächtlicherweile über den Marktplatz führt, so blinkt dir ein mildes, freundliches Licht gar heimelig entgegen von einem Hause herüber, das dir über ein Jahr hindurch ein ungastlich finsteres Gesicht gezeigt hat. Du denkst vielleicht mit stiller Wehmut der sorglos heiteren Stunden, die du vor Jahren dort in fröhlicher Runde verlebt hast, als noch das prächtige Wirtspaar Dürichen darin waltete .... Freund, laß das Grübeln sein! Ein neuer „Stern" ist aufgegangen! Und das liebe neue Sternenlicht ladet dich freundlichst ein, einzutreten in die wohlbekannten, neuvorgerichteten Räume. Dort in der gemütlichen Gaststube kannst du des Tages Mühe und Qual vergessen, ein erfahrener, bewährter Wirt und seine Gattin bemühen sich, dir deinen Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen, und eine nimmermüde, schmucke Hebe kredenzt dir den Trank der Labe. — Wir aber wünschen Herrn Teubner und seinem Hause von Herzen Glück und fröhliches Gedeihen!

— **Naunhof.** Wir erhalten folgende Zuschrift: Cagliostro kommt am Mittwoch, den 9. April nach dem Ratskellersaal. Einen besonderen Kunstgenuß soll uns das Theater Cagliostro im Reiche der Wunder bieten. Der Name Cagliostro hat einen guten Klang durch die ganze Welt. Wer sollte auch von dem Theater noch nichts gehört haben. Sicher doch ein jeder. In allen Orten ist es von jeher lebhaft bedauert worden, wenn man den Vorstellungen nicht beiwohnte. Ein Zaubertheater hat von jeher schon einen großen Reiz auf die Menschheit ausgeübt. Nichts ist genußreicher, nichts ist schöner, als sich vom Theater Cagliostro in das Zauberland orientalischer Märchen versetzen zu lassen und die Eindrücke des Publikums gipfeln in dem Gedanken, als wären die Wunder von tausend und einer Nacht wahrgeworden.

— Naunhof. Am Mittwoch hielt der hiesige Stenographenverein „Gabelsberger" seine diesjährige Hauptversammlung ab. In seiner Begrüßungsansprache gab der derzeitige Vorsitzende, Herr Krankenkassenkassierer Franz seiner Freude über den guten Besuch Ausdruck und begrüßte weiterhin die aus dem Felde heimgekehrten Feldgrauen. Zu Ehren des gefallenen Helden, Herrn Koley, erhob sich die Versammlung von den Plätzen. Aus der Versammlung selbst ist folgendes zu berichten. Der Verein zählt gegenwärtig 55 Mitglieder. Zum Heeresdienst waren zuletzt 15 Kunstgenossen eingezogen. Während der Kriegsjahre ist im Verein fleißig gearbeitet worden. Die Uebungsstunden waren durchschnittlich von 20 Mitgliedern besucht. Es haben wiederholt Vereinswettschreiben mit sehr gutem Erfolg stattgefunden. An verschiedenen Verbandwettschreiben hat sich der Verein ebenfalls beteiligt. Auch sind während der Kriegszeit zwei Anfängerkurse bei guter Beteiligung abgehalten worden. Das Gesellige ist im Verein ebenfalls nicht zu kurz gekommen. Die Stiftungsfeste sind regelmäßig im Rahmen von Theaterabenden, Gabelsbergers Geburtstag im Rahmen einfacher Unterhaltungsabende gefeiert worden. Zu erwähnen ist noch, daß der Verein im Laufe der Kriegsjahre insgesamt 80 M. zum Besten der Kriegsnotspende und für den Verein Heimatdank Grimma-Land bewilligt hat. Außerdem ist zu Weihnachten 1917 eine öffentliche Abendunterhaltung veranstaltet worden, bei der sich